



NLStBV
*Wir in Niedersachsen:
mobil. regional. sicher!*

**Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr**

Planfeststellungsbeschluss

**Für den Ersatzneubau der Eisenbahnbrücke über
die Umbeck.**

In Bahn-km 36,350

Auf der Strecke 2: Bremervörde – Osterholz-Scharmbeck

Datum: 28.11.2024

Az.: 4130-30224-154



Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

1	VERFÜGENDER TEIL	1
1.1	Genehmigung des Planes	1
1.2	Planunterlagen.....	1
1.2.1	Genehmigte Planunterlagen	1
1.2.2	Nachrichtliche Unterlagen.....	1
1.3	Inhalts-, Nebenbestimmungen, Auflagen und Hinweise zur Planfeststellung	2
1.3.1	Eisenbahntechnische Auflagen der Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA).....	2
1.3.2	Bauausführung	3
1.3.3	Baumaschinen/ Baulärm.....	3
1.3.4	Abfallentsorgung und Bodenschutz	3
1.3.5	Unterrichtungspflichten	3
1.4	Zusagen.....	3
1.5	Vorbehalte	3
1.5.1	Allgemeine Vorbehalt.....	3
1.5.2	Vorbehalt straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen	3
1.5.3	Vorbehalt zur eisenbahnrechtlichen Bauausführungsplanung.....	3
1.6	Entscheidungen über Stellungnahmen.....	3
1.7	Kostenentscheidung	4
1.8	Wasserrechtliche Erlaubnis	4
1.8.1	Tenor.....	4
1.8.2	Inhalts- und Nebenbestimmungen	4
2	BEGRÜNDENDER TEIL.....	5
2.1	Sachverhalt	5
2.1.1	Allgemeine Beschreibung	5
2.1.2	Beschreibung des Vorhabens.....	5
2.1.3	Verfahrensablauf	5
2.2	Rechtliche Bewertung	7
2.2.1	Formelle Rechtmäßigkeit.....	7
2.2.1.1	Zuständigkeit	7
2.2.1.2	Verfahrensrechtliche Bewertung.....	7
2.2.1.3	Nichtbestehen der UVP-Pflicht	7
2.2.2	Materiell-rechtliche Würdigung	7
2.2.2.1	Planrechtfertigung	7
2.2.2.2	Variantenprüfung.....	8
2.2.2.3	Vereinbarkeit mit zwingenden Rechtsvorschriften	9
2.2.2.3.1	Eisenbahnrechtliche Anforderungen	9
2.2.2.3.2	Naturschutzrechtliche Belange.....	10

2.2.2.3.2.1	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, §§ 13 ff. BNatSchG	10
2.2.2.3.2.2	Artenschutzrechtliche Bestimmungen, §§ 44 ff. BNatSchG	12
2.2.2.3.2.3	Einvernehmen für Vorhaben im LSG „Worpswede“	16
2.2.2.3.3	Wasser	16
2.2.2.3.4	Immissionen.....	17
2.2.2.3.5	Abfall und Boden.....	17
2.2.2.3.6	Eigentum.....	18
2.2.2.4	Gesamtabwägung	18
2.3	Wasserrechtliche Erlaubnis	19
2.4	Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange	20
2.4.1	Landkreis Osterholz.....	20
2.4.2	Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor	22
2.4.3	Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA)	22
2.4.4	EWE NETZ GmbH.....	22
2.4.5	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	23
2.4.6	Niedersächsische Landesforsten.....	23
2.4.7	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven	23
2.4.8	ExxonMobil Production Deutschland GmbH	23
2.4.9	Wintershall Dea Deutschland GmbH	23
2.4.10	Gemeinde Worpswede	24
3	KOSTENENTSCHEIDUNG.....	24
4	RECHTSBEHELFSBELEHRUNG	24
5	HINWEISE	24

Abkürzungsverzeichnis

Abs.....	Absatz
AEG).....	Allgemeines Eisenbahngesetz
AllGO	Allgemeine Gebührenordnung
AVV... Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm -Geräuschimmissionen-	
Az	Aktenzeichen
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
BE	Baueinrichtung
BlmSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DGGUV	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
DIN.....	Deutsches Institut für Normung
DN.....	Nennweite
EBO	Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung
ErsatzbaustoffV.....	Ersatzbaustoffverordnung
evb	Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe Weser GmbH
ff. folgende	
FFH.....	Flora Fauna Habitat
gem.....	gemäß
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ha.....	Hektar
HQ100	100 Jähriges Hochwasserereignis
i. V. m.	in Verbindung mit
km.....	Kilometer
KSG	Bundesklimaschutzgesetz
LAGA M20	Länderarbeitsgemeinschaft Abfall Mitteilung 20
LSG.....	Landschaftsschutzgebiet
m ²	Quadratmeter
NLStBV	Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Nr.....	Nummer
NVwKostG	Nds. Verwaltungskostengesetz
Rn	Randnummer
sog.....	sogannt(e)
StVO	Straßenverkehrsordnung
UNB	Untere Naturschutzbehörde
Urt.....	Urteil
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
v. vom	
V _{AR}	Value at Risk
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz, Wasserhaushaltsgesetz
ZustVO.....	Zuständigkeitsverordnung

1 Verfügender Teil

1.1 Genehmigung des Planes

Der von der Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe Weser GmbH (evb) (nachfolgend Vorhabenträgerin) aufgestellte Plan (siehe [Ziffer 1.2.1](#)) für den Ersatzneubau des Brückenbauwerkes bei Bahn-km 36,350 an der Strecke 2 im Landkreis Osterholz, Streckenabschnitt Bremervörde-Osterholz-Scharmbeck wird nach Maßgabe der eingeschlossenen Entscheidungen, Inhalts- und Nebenbestimmungen, Auflagen, Hinweise, Zusagen und Vorbehalte unter [Ziffer 1.3 bis 1.6](#) genehmigt.

1.2 Planunterlagen

1.2.1 Genehmigte Planunterlagen

Nr. der Unterlage	Bezeichnung der Unterlage/n	Seiten	Maßstab
Anlage 3.6	Maßnahmenplan i.d.F. Juni 2024	1	1:200
Anlage 4.1	Übersichtslageplan	1	1:10000 / 1:9000
Anlage 5	Bestandszeichnung Grundriss, Längsschnitt und Querschnitt i.d.F. August 2017	1	1:100 / 1:50
Anlage 6.1	Lageplan	1	1:500
Anlage 6.2	Bauwerksplan, Grundriss, Ansicht, Schnitte i.d.F. April 2024	1	1:100 / 1:50
Anlage 6.3	BE-Flächenplan i.d.F. April 2024	1	1:200
Anlage 7.1	Grunderwerbsplan i.d.F. August 2021	1	1:200
Anlage 7.2	Grunderwerbsverzeichnis	1	

Die genehmigten Unterlagen sind mit dem Dienstsiegel Nr. 15 der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) gekennzeichnet.

1.2.2 Nachrichtliche Unterlagen

Nr. der Unterlage	Bezeichnung der Unterlage/n	Seiten	Maßstab
Anlage 1	Infrastrukturplan	1	
Anlage 2.1	Antrag- und Erläuterungsbericht i.d.F. August 2024	21	
Anlage 2.2	Ergebnis Luftbilddauswertung	2	
Anlage 2.3	Zustimmung Ausgleichsflächen UNB	1	
Anlage 3.1	Landschaftspflegerischer i.d.F. Juli 2024	60	
Anlage 3.2	Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht	15	
Anlage 3.3	Artenschutzfachbeitrag i.d.F. Juli 2024	29	
Anlage 3.4	Bestandsübersichtsplan i.d.F. Juli 2021	1	1:200
Anlage 3.5	Bestands- und Konfliktplan i.d.F. Juni 2024	1	1:200
Anlage 8	Übersichtsplan Umleitung	1	
Anlage 9.1	Abkürzungsverzeichnis	2	
Anlage 9.2	Zeichen- und Symbolverzeichnis	2	



1.3 Inhalts-, Nebenbestimmungen, Auflagen und Hinweise zur Planfeststellung

1.3.1 Eisenbahntechnische Auflagen der Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA)

Folgende Auflagen der LEA sind zu beachten:

1. Die eingereichten Antragsunterlagen umfassen nur die örtliche Lage der zum Bau beantragten Bahnanlagen. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass auch die technische Bauausführung der Bahnanlagen entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit genügt. Die Bauausführung ist aus dem Planrechtsverfahren ausgeklammert.
2. Eine Rechtsvorschrift, die eine Genehmigung von Ausführungsunterlagen zur Inbetriebnahme einer neuen bzw. geänderten Eisenbahninfrastruktur vorschreibt, ist nicht erlassen; insofern ist die Planfeststellung bzw. Plangenehmigung abschließend. Eine weitere Genehmigung oder "Baufreigabe" von "Bauausführungsunterlagen ist in diesem Zusammenhang gesetzlich nicht vorgeschrieben.
3. Es ist gemäß §§ 5, 5a Abs. 1 Nr. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) Aufgabe der Eisenbahnaufsichtsbehörde die Eisenbahnen hinsichtlich ihrer Sicherheitspflichten nach §4 Abs. 1 AEG zu überwachen. Zum Nachweis der betriebssicheren Bauausführung sind der LEA daher seitens der Eisenbahn die Ausführungsunterlagen der neu zu bauenden bzw. zu ändernden Bahnanlagen vorzulegen (§ 5a Abs. 4 Nr. 3, Abs. 5 AEG). Vor Inbetriebnahme werden Abnahmeprüfungen zur Validierung der Bauausführung und zum Nachweis der sicheren Funktion der neu erstellten bzw. geänderten Bahnanlagen erforderlich.
4. Die Bauausführungsunterlagen zur Vorlage bei der LEA umfassen den Nachweis der Eisenbahnverkehrslasten auf das Brückenbauwerk und auf Bauteile (z.B. Gründungen, Baugrubenverbau), die zugehörigen Standsicherheitsnachweise sind von einem zugelassenen Prüfenieur vorgeprüft der LEA vor Baubeginn vorzulegen. Des Weiteren wird der Nachweis des Spannungsausgleichs der lückenlos verschweißten Gleise nach Wiedereinbau gefordert.
5. Es wird darauf hingewiesen, dass der Abstand auf dem Brückenbauwerk und dem Holgeländer zur Gleisasche 2, 60m beträgt. Dies ist nach DGGUV Vorschrift 72 "Eisenbahnen", §5 Abs. 2 zulässig, es wird aber im Hinblick auf einen zukünftigen Ausbau der Bahnstrecke empfohlen die Werte nach Anhang 1, Tabelle und Skizze zu §5 Abs.2 der DGUV-Vorschrift anzusetzen.
6. Des Weiteren wird angemerkt, dass die Auswirkungen der Baumaßnahmen auf die Landschaft und den Naturhaushalt sowie ggf. erforderliche Ersatzmaßnahmen nicht zur eisenbahntechnischen Prüfung gehören.
7. Nach Beendigung der Maßnahme hat der Eisenbahnbetriebsleiter der EVB vor Wiederaufnahme des Bahnbetriebes auf dem betreffenden Gleis gegenüber der LEA schriftlich festzustellen, dass die Vorschriften gemäß Antrag beachtet wurden und dass das wiedereingebaute Gleis betriebssicher ist.
8. Es wird eine eisenbahntechnische Abnahme erforderlich (§§ 5a, 7f AEG). Diese ist bei der LEA zu beantragen.

1.3.2 Bauausführung

Die Vorhabenträgerin ist verpflichtet den Bau nach dem Stand der Technik auszuführen; die einschlägigen technischen Regelwerke sind zu beachten.

1.3.3 Baumaschinen/ Baulärm

Die verwendeten Baumaschinen müssen dem Stand der Technik entsprechen und die Einhaltung der relevanten Verordnung gewährleisten (32. BImSchV)¹. Hinsichtlich des Baulärms sind die Vorgaben der AVV Baulärm² einzuhalten.

1.3.4 Abfallentsorgung und Bodenschutz

Die anfallenden Altmaterialien sind einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

Der anfallende Bodenaushub ist nach den aktuell anwendbaren Bestimmungen des Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV³) zu untersuchen, soweit der anfallende Bodenaushub diesen Vorschriften unterfällt.

1.3.5 Unterrichtungspflichten

Die Zeitpunkte des Baubeginns und der Fertigstellung sind der NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung, möglichst frühzeitig schriftlich bekannt zu machen.

1.4 Zusagen

Sämtliche schriftliche Zusagen der Vorhabenträgerin sind einzuhalten. Davon erfasst sind auch Zusagen gegenüber der Planfeststellungsbehörde, insbesondere aus den Schreiben vom 01.08.2024.

1.5 Vorbehalte

1.5.1 Allgemeine Vorbehalt

Änderungen und Ergänzungen dieses Planfeststellungsbeschlusses, die aus rechtlichen, verkehrlichen oder bautechnischen Gründen erforderlich sind, bleiben vorbehalten; die Regelung des § 76 VwVfG⁴ bleibt hiervon unberührt.

1.5.2 Vorbehalt straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen

Die Genehmigung ergeht vorbehaltlich der im Rahmen der Maßnahme gem. § 45 StVO⁵ zu treffenden notwendigen Anordnungen der Straßenverkehrsbehörde.

1.5.3 Vorbehalt zur eisenbahnrechtlichen Bauausführungsplanung

Die Planfeststellung ergeht vorbehaltlich der Prüfung der eisenbahnbetriebsbezogenen Ausführungsplanung durch die zuständige Aufsichtsbehörde. Die Vorhabenträgerin hat der zuständigen Aufsichtsbehörde, derzeit die Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA), im Handelsregister des Amtsgericht Hannover eingetragen unter HRB 51118, die Eisenbahnbetriebsanlagen betreffenden Ausführungsunterlagen vor Baubeginn zur Prüfung (interne Baufreigabe) vorzulegen. Baubeginn und Fertigstellung sind der Aufsichtsbehörde durch die Vorhabenträgerin möglichst frühzeitig schriftlich anzuzeigen.

1.6 Entscheidungen über Stellungnahmen

1 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32 BImSchV) vom 29. August 2002 (BGBl. I S. 3478), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.

2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen (AVV Baulärm) vom 19. August 1970, in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.

3 Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung – ErsatzbaustoffV) vom 09.07.2021, zuletzt geändert am 13.07.2023, in Kraft seit dem 01.02.2023.

4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.

5 Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 06. März 2013 (BGBl. I S. 367), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.



Alle im Verfahren erhobenen Stellungnahmen gegen den Plan und das Vorhaben werden zurückgewiesen und für unbegründet erachtet, soweit sie nicht durch entsprechende Nebenbestimmungen, Vorbehalte, Hinweise oder Zusagen der Vorhabenträgerin berücksichtigt worden sind oder sich auf andere Weise erledigt haben oder ihnen entsprochen wurde.

1.7 Kostenentscheidung

Die Kosten für das Planfeststellungsverfahren hat die Antragstellerin zu tragen. Die Höhe der Kosten ergeht durch einen gesonderten Bescheid.

1.8 Wasserrechtliche Erlaubnis

1.8.1 Tenor

Die Wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG wird im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osterholz erteilt.

Der Umfang der Erlaubnis umfasst:

1. Das Einleiten von Niederschlagswasser in das Grundwasser und
2. Die offene Wasserhaltung während der Bauzeit.

1.8.2 Inhalts- und Nebenbestimmungen

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, auch bei denen nur geringe Mengen austreten, sind dem Landkreis Osterholz, Untere Wasserbehörde, unverzüglich anzuzeigen.

2 Begründender Teil

2.1 Sachverhalt

2.1.1 Allgemeine Beschreibung

Die Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe Weser GmbH (evb) planen den Ersatzneubau des Brückenbauwerkes bei Bahn-km 36,350 an der Strecke 2 im Landkreis Osterholz. Die vorhandene Brücke befindet sich in der Gemeinde Wörpswede, im Landkreis Osterholz in Niedersachsen und überspannt die Umbeck.

Aus Gründen der über 100 Jahren dauernden Nutzungsdauer ist die Standsicherheit der Brücke nicht mehr gegeben und somit wird aus betriebstechnischen Gründen ein Ersatzneubau notwendig.

Das vorhandene Brückenbauwerk stellt eine Balkenbrücke mit Stahlüberbau dar. Der Überbau ist auf flach gegründeten Schwerlastwiderlagern aus Mauerwerk und Stahlbeton gelagert. Der Ersatzneubau ist als integrales Rahmenbauwerk, mit flach gegründeten Kastenwiderlagern geplant. Die Herstellung der Widerlager erfolgt in Spundwandkästen mit Unterwasserbetonsohlen. Für die Baumaßnahme wird die Bahnstrecke und der Umbeckweg komplett gesperrt und eine Umleitung eingerichtet. Das bestehende Brückenbauwerk wird vollständig zurückgebaut.

2.1.2 Beschreibung des Vorhabens

Die neue Brücke ist als integrales Rahmenbauwerk mit einer lichten Weite von \perp 5,245 m / \nless 6,00 m in Stahlbetonbauweise vorgesehen. Die Wanddicken der Rahmenstiele betragen 60 cm und die Fahrbahnplatte bildet mit einer Dicke von 60 cm den Riegel des Rahmens. Die 60 cm dicken Flügelwände verlaufen parallel zur Bahnstrecke. Die Flügelwände sind biegesteif mit der Widerlagerwand verbunden und bilden ein Kastenwiderlager aus. Dieses steht auf einer gemeinsamen, flach gegründeten Fundamentplatte.

Die Fundamentplatten werden jeweils in einem Spundwandkasten mit Unterwasserbetonsohle hergestellt. Für die anfallenden Restwassermengen während der Baumaßnahme wird eine entsprechende Wasserhaltung vorgesehen. Die Brücke erhält ein durchgehendes Schotterbett mit zwei seitlich angeordneten Wartungswegen mit jeweils einer lichten Weite von 0,80 m. Die Wartungswege erhalten als Belag Betonfertigteileplatten. Für die eingleisige Brücke wird das Regellichttraumprofil nach DS 804 bzw. EBO berücksichtigt.

Für das Brückenbauwerk werden die Lastmodelle LM71 und SW/0 mit dem Lastklassenbeiwert α = 1,0 (Regelverkehr D4 gemäß DB Ril 804.2101 Tabelle 3) gemäß DIN EN 1991-2:2010-12 herangezogen. Die Breite des neuen Brückenbauwerks beträgt ca. 5,6 m bei einer lichten Weite von ca. 5,24 m. Die Breite des abzubrechenden Bauwerks beträgt ca. 2,6 m bei einer lichten Weite von 6,7 m.

2.1.3 Verfahrensablauf

Die Vorhabenträgerin beantragte erstmals mit Schreiben vom 12.11.2021 die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens. Die LEA hat die mit dem eisenbahntechnischen Prüfvermerk versehenen Antragsunterlagen am 29.12.2021 weitergeleitet. Eine eisenbahntechnische Stellungnahme der LEA vom 29.12.2021 (EBV 1 / L1-1341) zu dem Vorhaben liegt vor. Nach Sichtung der Planunterlagen seitens der Planfeststellungsbehörde kam es zu Überarbeitungen der Unterlagen, weshalb es zu einer erneuten Antragsstellung mit überarbeiteten Unterlagen am 02.02.2023 kam, die Eisenbahntechnische Stellungnahme der LEA hat weiterhin bestand.

Die Planfeststellungsbehörde hat mit Vermerk vom 08.03.2022 gem. § 5 Abs. 1 UVPG festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) besteht (siehe auch Ziffer 2.2.1.3). Das beantragte Verfahren wurde unter Abwägung der vorliegenden Informationen als Planfeststellungsverfahren fortgeführt.

Mit Schreiben vom 15.03.2023 hat die Planfeststellungsbehörde den Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange, die betroffen sein könnten, die Planunterlagen zugesandt und diese zur Stellungnahme aufgefordert. Folgende Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

Lfd. Nr.	Träger öffentlicher Belange
1	Landkreis Osterholz
2	Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor
3	LEA GmbH
4	Gemeinde Worpswede
5	EWE Netz GmbH
6	Vodafone GmbH/ Vodafone Deutschland GmbH
7	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
8	Deutsche Telekom Technik GmbH
9	Niedersächsische Landesforsten
10	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt
11	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten - und Naturschutz Brake
12	Niedersächsisches Forstamt Harsefeld
13	ExxonMobil Production Deutschland GmbH
14	Wintershall Dea Deutschland GmbH
15	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Gewässerkundlicher Landesdienst (NLWKN) - Betriebsstelle Verden
16	Gemeinde Worpswede

Die folgenden Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben:

Lfd. Nr.	Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
1	Landkreis Osterholz	21.04.2023
2	LEA GmbH	29.12.2021
3	EWE Netz GmbH	11.05.2023
4	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)	24.04.2023
5	Niedersächsische Landesforsten - Forstamt Rotenburg	21.04.2023
6	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven	10.05.2023
7	ExxonMobil Production Deutschland GmbH	15.03.2023
8	Wintershall Dea Deutschland GmbH	15.03.2023

Der Vorhabenträgerin wurden die im Rahmen der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen mitgeteilt. Aufgrund von Hinweisen wurde die Planung im Bereich der Wasserwirtschaft teilweise überarbeitet. Die überarbeiteten Unterlagen sowie die gesamtheitliche Erwiderung der Vorhabenträgerin auf die Stellungnahme erfolgte per E-Mail am 01.08.2024. Da die Planfeststellungsbehörde alle Konflikte als gelöst angesehen hat, erfolgte am 26.08.2024 die Übermittlung der Erwiderung an die Träger öffentlicher Belange, die sich zum Vorhaben geäußert haben, mit gleichzeitiger Anfrage auf Verzicht des Erörterungstermines. Den Trägern öffentlicher Belange wurde mit Frist zum 30.09.2024 die Möglichkeit gegeben sich für die Ausführung eines Erörterungstermines auszusprechen. Dies war nicht der Fall, womit die Planfeststellungsbehörde sich für den Verzicht entschieden hat.

2.2 Rechtliche Bewertung

2.2.1 Formelle Rechtmäßigkeit

2.2.1.1 Zuständigkeit

Für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach § 18 AEG i. V. m. § 74 VwVfG ist gemäß § 12 Abs. 3 ZustVO-Verkehr⁶ die NLStBV zuständig. Intern obliegen diese Aufgaben dem Dezernat 41 des Zentralen Geschäftsbereiches der NLStBV.

2.2.1.2 Verfahrensrechtliche Bewertung

Die Planfeststellung beruht auf einem ordnungsgemäßen Verfahren.

Grundsätzlich gilt für Eisenbahninfrastrukturen, die – wie hier – von Eisenbahninfrastrukturunternehmen in Niedersachsen betrieben werden und nicht zu einer Eisenbahn des Bundes gehören, das Niedersächsische Gesetz über Eisenbahnen und Seilbahnen (vgl. § 1 NESG⁷). Das NESG trifft keine Regelung bezüglich Planfeststellungen, so dass als Rechtsgrundlage die Regelungen des AEG heranzuziehen sind, insbesondere die §§ 18 ff. AEG. Gemäß § 18 Abs. 1 AEG dürfen Betriebsanlagen einer Eisenbahn nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt bzw. genehmigt worden ist.

2.2.1.3 Nichtbestehen der UVP-Pflicht

Das Vorhaben unterliegt nicht der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht wurde nach § 5 Abs. 2 UVPG mit Datum vom 08.03.2023 bekanntgegeben.

2.2.2 Materiell-rechtliche Würdigung

Das Vorhaben wird zugelassen, da es mit dem materiellen Recht im Einklang steht.

Der Umfang der materiellen-rechtlichen Prüfung wird durch das Fachplanungsrecht und die Wirkungen der Planfeststellungen bestimmt. Da durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt wird (sog. Gestaltungs- und Gestattungswirkung, § 75 Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 VwVfG), ist neben dem AEG das gesamte berührte öffentliche Recht bei der Gestattung des Vorhabens entweder zwingend zu beachten oder in der Abwägung zu berücksichtigen.

Einschlägige öffentliche-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Plangenehmigungen des berührten öffentlichen Rechts sind deshalb im Rahmen dieser Planfeststellung geprüft. Die Planfeststellung ersetzt grundsätzlich sämtliche ansonsten erforderliche Gestattungsakte (sog. Konzentrationswirkung, § 75 Abs. 1 Satz 1 Hs. 2 VwVfG).

2.2.2.1 Planrechtfertigung

Die Planrechtfertigung für den Ersatzneubau der Eisenbahnbrücke liegt vor.

Die Planrechtfertigung ist ein ungeschriebenes Erfordernis jeder Fachplanung. Sie resultiert aus dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns, welches mit Eingriffen in Rechte Dritter verbunden ist.⁸ Die Planrechtfertigung liegt vor, wenn für das geplante Vorhaben gemessen an den Zielsetzungen des jeweiligen Fachplanungsrechts ein Bedarf besteht, die geplante Maßnahme unter diesem Blickwinkel also erforderlich ist. Das ist nicht erst bei Unausweichlichkeit

⁶ Verordnung über Zuständigkeit im Bereich Verkehr (ZustVO-Verkehr) vom 25. August 2014 (Nds. GVBl. S. 249), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.

⁷ Niedersächsisches Gesetz über Eisenbahnen und Seilbahnen (NESG) vom 12. Dezember 2004 (Nds. GVBl. 2004 S.658), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.

⁸ Vgl. BVerwG, Urteil vom 16.03.2006 – 4 A 1075/04.

des Vorhabens der Fall, sondern bereits dann, wenn es vernünftigerweise geboten ist.⁹ Erforderlich ist, dass das Vorhaben den Zielen des die Planfeststellung anordnenden Fachplanungsgesetzes genügt.¹⁰ Der Planfeststellungsvorbehalt ergibt sich aus § 18 AEG, sodass sich die Planrechtfertigung an den Zielen des AEG messen lassen muss.

Nach § 1 Abs. 1 S. 1 AEG dient das Gesetz der Gewährleistung eines sicheren Betriebs der Eisenbahn und eines attraktiven Verkehrsangebots auf der Schiene sowie der Wahrung der Interessen der Verbraucher auf dem Eisenbahnmarkt. Die Brücke über die Umbeck auf der Strecke 2 im Landkreis Osterholz verliert an Standsicherheit. Um einen sicheren Bahnbetrieb weiterhin gewährleisten zu können, ist der Ersatzneubau damit gerechtfertigt.

2.2.2.2 Variantenprüfung

Die Antragstellerin hat verschiedene Varianten des Vorhabens geprüft. Nach abwägender Prüfung schließt sich die Planfeststellungsbehörde den Erwägungen der Antragstellerin an. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts richten sich die Anforderungen des Abwägungsgebots im Fachplanungsrecht auch und gerade an das Berücksichtigen von planerischen Alternativen. Sich ernsthaft anbietende Alternativlösungen müssen bei der Zusammenstellung des abwägungserheblichen Materials berücksichtigt werden und in eine vergleichende Prüfung Eingang finden.¹¹

Eine Untersuchung hinsichtlich unterschiedlicher Standorte für das Vorhaben war von der Antragstellerin nicht vorzunehmen. Der Standort ist durch das Bestandsbauwerk bereits determiniert.

Es wurden drei Varianten für die bauliche Gestaltung des Ersatzbrückenbauwerks untersucht. Eine Variante ist ein Stahlbetonüberbau als Plattenbrücke und flach gegründeten Widerlagern (im Folgenden: erste Variante). Die zweite Variante ist ein Stahlüberbau als Dickblechbrücke und flach gegründeten Widerlagern (im Folgenden: zweite Variante). Die dritte Variante ist ein Stahlbeton Rahmenbauwerk mit Flachgründung (im Folgenden: dritte Variante/Vorzugsvariante).

Die einzelnen Varianten jeweils unterschiedliche Vor- und Nachteile. Insgesamt hat sich für die Antragstellerin die dritte Variante als Vorzugsvariante herausgestellt. Die konstruktiven Vorteile der dritten Variante überwiegen die Vorteile der ersten und zweiten Variante. Außerdem wiegen die Nachteile der dritten Variante nicht so schwer, dass sie das Überwiegen der Vorteile der dritten Variante negieren. Die integrale Bauweise machte während der Bauzeit keine Lager für Material oder Wartung erforderlich. Es wird zudem kein Unterhaltungsaufwand für eine Korrosionsschutzbeschichtung erforderlich und es entsteht kein erhöhter Aufwand für das Einheben der Brücke. Diese beiden Vorteile bietet grundsätzlich auch die erste Variante, jedoch bietet die dritte Variante dem gegenüber eine geringere Konstruktionshöhe. Die dritte Variante macht außerdem eine Übergangskonstruktion entbehrlich, die ebenfalls Material und Wartung erforderlich machen würde. Die zweite Variante hat gegenüber der ersten und dritten Variante zwar eine geringere Bauzeit. Dieser Vorteil kann sich gegenüber den anderen erheblichen Vorteilen der dritten Variante aber nicht durchsetzen, vor allem da die erste und zweite Variante mehr Nachteile mit sich bringen als die Vorzugsvariante. Anders als bei der Vorzugsvariante ist die Wartung des Übergangsbauwerks erforderlich ebenso wie eine fortlaufende Wartung der Korrosionsschutzbeschichtung bei der zweiten Variante. Dem steht als Nachteil der Vorzugsvariante lediglich entgegen, dass für den Bau ein Traggerüst für die Rahmendecke erforderlich wird.

Hinzu kommt, dass sich die dritte Variante auch bei der Kostenschätzung als vorzugswürdig durchsetzt. Mit geschätzten Kosten von 487.000 Euro liegen diese deutlich unter den Kosten der anderen beiden Varianten.

⁹ Vgl. BVerwG, Beschluss vom 12.07.2018 – 9 B 49.16 und OVG Niedersachsen Urteil v. 04.04.2017 – 7 KS 7/15.

¹⁰ StRSpr BVerwG NVwZ 2002, 350, 353 ff.

¹¹ BVerwG, Beschluss v. 24.04.2009 – 9 B 10.09 –, NVwZ 2009, 986 = juris, Rn. 5 m. w. N.

Alle drei Varianten wären nach den aktuellen Vorschriften der Technik und Verkehrssicherheit durchführbar. Die anlagebedingten Auswirkungen der drei Varianten sind nicht so unterschiedlich, dass sie sich für die Variantenprüfung erheblich auswirken können.

Vor diesem Hintergrund schließt sich die Planfeststellungsbehörde der Vorzugsvariante der Antragstellerin an. Weder die erste noch die zweite Variante drängen sich als eindeutig vorzugswürdig auf.

2.2.2.3 Vereinbarkeit mit zwingenden Rechtsvorschriften

Der Brückenersatzneu steht mit dem zwingend zu beachtenden, übergeordneten Recht im Einklang.

2.2.2.3.1 Eisenbahnrechtliche Anforderungen

Die vorgesehene Maßnahme entspricht den eisenbahnrechtlichen Anforderungen.

Eisenbahnrechtliche Grundlage für die Baumaßnahme ist die Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung (EBO). Gemäß § 2 Abs. 1 EBO müssen Bahnanlagen so beschaffen sein, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Diese Anforderungen gelten nach § 2 Abs. 1 Satz 2 EBO als erfüllt, wenn die Bahnanlagen und Fahrzeuge den Vorschriften der EBO und, soweit diese keine ausdrücklichen Vorschriften enthält, anerkannten Regeln der Technik entsprechen.

Im Übrigen ist die eisenbahnbetriebsbezogene Ausführungsplanung nicht Gegenstand der Planfeststellung. Planfeststellung und Ausführungsplanung bilden zwar eine sachliche Einheit, die keine Widersprüche untereinander aufweisen dürfen. Gleichwohl ist es zulässig, die Bauausführung aus der Planfeststellung auszuklammern, soweit der Stand der Technik für die zu bewältigenden Probleme geeignete Lösungen zur Verfügung stellt. Es reicht insoweit aus, wenn sichergestellt ist, dass die einschlägigen technischen Regelwerke, in denen der Stand der Technik Ausdruck gefunden hat, das Vorhaben in der weiter konkretisierenden Ausführungsplanung beachtet werden. Die Prüfung, ob die Ausführungsplanung der Vorhabenträgerin diesen Anforderungen genügt, muss anerkanntermaßen nicht notwendig im Planfeststellungsverfahren erfolgen. Es genügt vielmehr, der Vorhabenträgerin aufzugeben, ihre Ausführungsplanung vor Baubeginn der zuständigen Aufsichtsstelle vorzulegen (BVerwG, Urt. v. 05.03.1997 – 11 A 5/96, Rn. 22).

Unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA) vom 29.12.2021 kommt die Planfeststellungsbehörde zu dem Ergebnis, dass sich aus eisenbahntechnischer Sicht keine Probleme stellen, die nicht nach dem Stand der Technik in der Ausführungsplanung zu bewältigen wären. Die Antragstellerin hat sich in ihrer Gegenäußerung vom 01.08.2024 bereit erklärt die Hinweise der LEA in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Dementsprechend bleibt die erforderliche Prüfung der eisenbahnbetriebsbezogene Ausführungsplanung außerhalb dieses Planfeststellungsverfahrens vorbehalten (1.5.3). Der Stand der Technik stellt für die zu bewältigenden Probleme geeignete Lösungen zur Verfügung (vgl. hierzu die Stellungnahme der LEA vom 29.12.2021 sowie die Verfügungspunkte unter Ziffer 1.3.1).

Die Prüfung der eisenbahnbetriebsbezogenen Ausführungsplanung, soweit diese nicht im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren geschieht, sowie die eisenbahnbetriebsbezogene Bauüberwachung erfolgen durch die für die Eisenbahnaufsicht nach § 5 Abs. 1a Nr. 2 AEG i. V. m. § 12 Abs. 1 Satz 1 ZustVO-Verkehr derzeit zuständige Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA), der die Vorhabenträgerin die Ausführungsunterlagen deshalb vor Baubeginn vorzulegen hat. Insbesondere sind die Auflagen unter Ziffer 1.3.1 zu beachten.

2.2.2.3.2 Naturschutzrechtliche Belange

2.2.2.3.2.1 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, §§ 13 ff. BNatSchG

Das Vorhaben ist mit den §§ 13 ff. BNatSchG vereinbar. Über die Eingriffsregelung können die unvermeidbaren Eingriffe angemessen bewältigt werden.

Die Planung der Antragstellerin entspricht den Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG. Das Vorhaben ist ein Eingriff in Natur und Landschaft nach § 14 Abs. 1 BNatSchG.

Nach § 13 und § 15 Abs. 1 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare Beeinträchtigungen sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen), § 15 Abs. 2 BNatSchG. Der Planfeststellungsbehörde kommt bei der Bewertung von Kompensationsmaßnahmen eine naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative zu. Es ist außerdem zu beachten, dass die Gestaltung des Kompensationsmodells in erheblichem Umfang Elemente einer abwägenden planerischen Entscheidung aufweist. Die Antragstellerin hat mit Unterlage Nr. 3.1 einen Landschaftspflegerischen Begleitplan vorgelegt, welchen sie nach der Kenntnisnahme der Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange nochmal überarbeitet hat. Der Landschaftspflegerische Begleitplan mit Datum von Juli 2024 dient als Grundlage für den zu beurteilenden Sachverhalt. Die Planfeststellungsbehörde hält den so ermittelten Sachverhalt für ausreichend als Grundlage für die naturschutzrechtliche Beurteilung, da die Erkenntnisse aus den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange eingearbeitet wurden und es für weitere Anhaltspunkte für ein Aufklärungsbedürfnis nicht gibt.

Mit dem Bau des Brückenersatzbauwerks sind Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden. Eingriffe sind nach § 14 BNatSchG Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder Landschaftsbildes erheblich beeinträchtigen können.

Im Sinne dieser Definition sind durch das Vorhaben folgende erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten:

- Bau- und anlagebedingter Verlust von Biotopen
- Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden durch Bodenabtrag, Überbauung und Versiegelung
- Beeinträchtigungen eines Fließgewässers durch bau-, anlage-, und betriebsbedingte Wirkfaktoren und kleinflächig eine anlagebedingte Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate

Das in § 15 Abs. 1 BNatSchG statuierte Vermeidungsgebot wird durch die Planung beachtet. Das Vermeidungsgebot kann das Vorhaben nicht vollständig zur Disposition stellen, vielmehr handelt es sich um ein Folgenbewältigungsprogramm.¹² Das Vermeidungsgebot verpflichtet den Verursacher des Eingriffs in allen Planungs- und Realisierungsstufen eines Vorhabens, dies so umweltschonend wie möglich umzusetzen. Nach § 15 Abs. 1 S. 2 BNatSchG sind Eingriffe vermeidbar, wenn zumutbare Alternativen, den mit dem Eingriff verfolgten Zweck am gleichen Ort ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft erreichen können.

Unter Punkt 6.1 des Landschaftspflegerischen Begleitplans beschreibt die Antragstellerin geeignete Maßnahmen, um dem Vermeidungsgebot des § 15 Abs. 1 BNatSchG zu genügen. Die Planung sieht folgende Vermeidungsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen vor:

- Beschränkung der Flächeninanspruchnahme und Versiegelung auf das unbedingt

¹² BVerwG, Urt. v. 07.03.1997 – 4 C 10.96 in BVerwGE 104, 144 (146 f.).

notwendige Maß.

- Beschränkung des Baufeldes
- Bauzeitenbeschränkung auf die Zeit der Winterruhe / Winterstarre der Zauneidechse
- Bauzeitliche Einschränkungen: Verbot von Nacharbeit
- Bauzeitenregelung zum Schutz der Brutvögel für den Zeitraum der Baufeldräumung
- Begehung zum Schutz von Fledermausquartieren
- Maßnahmen zum Schutz des Bodens und des Oberbodens
- Schutz des Wassers vor Eintrag mit belastetem Bodenmaterial
- Anwendung lastverteilender Maßnahmen zum Schutz des Bodens vor Bodenverdichtung auf dem bauzeitlich in Anspruch zu nehmenden Flächen
- Erhalt der an das Vorhabengebiet angrenzenden Gehölze
- Ökologische Baubegleitung
- Rekultivierung der Baustelleneinrichtungsflächen, u.a. durch Bodenlockerung.

Die Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen können die erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nicht vollständig ausschließen. Nicht vermeidbare Beeinträchtigungen sind nach § 15 Abs. 2 S. 1 BNatSchG durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen. Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigende Funktion des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt ist und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt ist, § 15 Abs. 2 S. 2 BNatSchG. Ersetzt ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in dem betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neugestaltet ist, § 15 Abs. 2 S. 3 BNatSchG.

Für die Bewältigung der verbleibenden Beeinträchtigungen hat die Antragstellerin ein Konzept zur Kompensation aus Gestaltungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgelegt.

Für die einzelnen Schutzgüter ergibt sich noch folgender Kompensationsbedarf, vgl. Punkt 6.2.2. des Landschaftspflegerischen Begleitplans:

Für das Schutzgut Arten und Biotope kommt es zu einem Flächenverlust von insgesamt 59 m² Flächen der Wertstufe III. Für die Kompensation ist die Entwicklung eines vergleichbaren Biotoptyps mit Wertstufe III im Verhältnis 1:1 auf Flächen mit Bestandswertstufen I oder II notwendig.

Für das Schutzgut Boden entstehen erhebliche Beeinträchtigungen durch Versiegelung, Überschüttung und Überspannung. Durch das Vorhaben werden ca. 61,4 m² Böden von allgemeiner Bedeutung versiegelt bzw. überspannt und ca. 5,6 m² Böden von allgemeiner Bedeutung überschüttet. Unter Anwendung des Verhältnisses für Kompensationsmaßnahmen von 1:0,5 für Versiegelung und Überspannung und 1:0,25 für Überschüttung ergibt sich ein Kompensationsbedarf für das Schutzgut Boden von 32,1 m².

Das Schutzgut Grundwasser wird durch Versiegelung und Überspannung eine Fläche von ca. 59 m² mit beeinträchtigter Grundwassersituation (Wertstufe III) beansprucht. Das anfallende Regenwasser kann jedoch weiter vor und hinter der Brücke versickern und die Maßnahmen für das Schutzgut Arten und Biotope können sich auch positiv auf die Grundwasserbildung auswirken. Es sind daher keine gesonderten Maßnahmen für das Schutzgut Grundwasser erforderlich.

Es ergibt sich ein Gesamtkompensationsbedarf von 91 m².

Im trassennahen Bereich stehen keine Ausgleichsflächen im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Zur Durchführung der Kompensation nutzt die Antragstellerin eine Fläche eines Kompensationspools nach § 16 BNatSchG. Mit Mitteilung vom 21.01.2020 hat die Untere



Naturschutzbehörde der Nutzung der Poolfläche für die Kompensation zugestimmt. Die vorgesehene Fläche liegt in der Gemarkung Basdahl, Flur 1 auf dem Flurstück 647/277 und hat eine Flächengröße von 0,8250 ha. Die Gesamtmaßnahme umfasst eine Aufforstung der Fläche auf Intensivgrünland (Wertstufe II) mit standortgerechten, heimischen Baumarten mit dem Entwicklungsziel eines naturnahen Laubwaldbestandes (Wertstufe IV). Die Maßnahme ist bereits abgeschlossen und kann den verbleibenden Kompensationsbedarf von 91 m² für das hier planfestgestellte Vorhaben abdecken.

Für die landschaftsgerechte Einbindung des Ersatzneubaus der Brücke sieht die Planung der Antragstellerin folgende Gestaltungsmaßnahmen vor:

- G 9: Wiederherstellung der Gewässersohle und Ausbildung der Uferböschung
- G 10: Ansaat der Bankette und Böschungen und der Restflächen mit Landschaftsrasen (Standard RSM Rasen 7.1.1.)
- G 11: Ansaat der Uferböschungen und der Restflächen mit einer Landschaftsrasenmischung für Feuchtlagen (RSM Rasen 7.3).

Nach Prüfung der vorgesehenen Maßnahmen und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange, hält die Planfeststellungsbehörde die naturschutzrechtliche Planung des Vorhabens für ausreichend und mit den Vorschriften der §§ 13 ff. BNatSchG vereinbar. Nicht vermeidbare Eingriffe werden ausgeglichen oder ersetzt. Die bereits als im Flächenumfang gering zu bewertenden Beeinträchtigungen werden durch die Planung im möglichen Maß vermieden und ansonsten bewältigt.

Das Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde wurde im Zuge des Anhörungsverfahrens hergestellt.

2.2.2.3.2.2 Artenschutzrechtliche Bestimmungen, §§ 44 ff. BNatSchG

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 44 BNatSchG stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Die Planung der Antragstellerin sieht wirksame Maßnahmen vor, um ein Eintreten der Verbotstatbestände des §§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG zu verhindern.

Bewertungsgrundlage für die artenschutzrechtliche Prüfung ist der von der Antragstellerin erstellte Artenschutzfachbeitrag (Unterlagennummer 3.3). Grundlage für die Artenschutzrechtliche Beurteilung des Vorhabens ist § 44 BNatSchG.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten

1. Wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen oder zu zerstören.
2. Wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- oder Wanderzeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.
4. Wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen oder zu zerstören.
(Zugriffsverbote)

Diese Regelung wird für Vorhaben, die nach § 15 BNatSchG zulässig sind, in § 44 Abs. 5 BNatSchG modifiziert.

Danach gelten für unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Abs. 1 BNatSchG zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 S. 1 BNatSchG die Zugriffs-, Besitz und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind im Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG

aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. Das Tötungs- und Verletzungsverbot des § 44 Abs. 1 Nummer 1 BNatSchG nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann.
2. Das Verbot des Nachstellens und des Fangens wild lebender Tiere und deren Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen der erforderlichen Maßnahme, die den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzungen oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind.
3. Das Verbot nach § 44 Abs. 1 Nummer 3 BNatSchG nicht vor, wenn die ökologische Funktionsfähigkeit der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 des § 44 Abs. 5 BNatSchG entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Durch das Vorhaben entstehen verschiedene bau-, anlage- oder betriebsbedingte Wirkungen, die zu einem Konflikt mit den Vorschriften des § 44 Abs. 1 und Abs. 5 BNatSchG führen können. Zu den Auswirkungen gehören:

- Die vorübergehende Flächeninanspruchnahme für Baustelleneinrichtung und Zuwegung zu Lagerflächen (baubedingt)
- Inanspruchnahme von Flächen für Bodenlagerung sowie Lärm- und Schadstoffemissionen durch den Baustellenbetrieb (baubedingt)
- Die vorübergehende Anlage einer Baugrube inkl. Verrohrung der Umbeck, 2 x DN 800 (baubedingt)
- Visuelle Beeinträchtigungen durch Beseitigung der Vegetationsdecke im Bereich von Lagerflächen durch den Baubetrieb (baubedingt)
- Die Dauer der Baumaßnahme über den Jahresverlauf (baubedingt)
- Flächeninanspruchnahme von 559 m² mit artenschutzrechtlicher Relevanz (analagebedingt)
- Lärm- und Lichtemissionen des Zugverkehrs (betriebsbedingt)
- Schadstoffbelastungen durch Verwendung von Herbiziden (betriebsbedingt)
- Kollisionsgefahr und Scheuchwirkung (betriebsbedingt)
- Unfallgefahr mit Risiko der Schadstoffbelastung (betriebsbedingt).

Zur Ermittlung der erforderlichen Artenschutzmaßnahmen hat die Antragstellerin eine Relevanzprüfung für das Vorhabengebiet durchgeführt (Punkt 3 der Unterlage 3.3 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag). Grundlage für die Relevanzprüfung sind verschiedene Quellen, u.a. eine Faunistische Potenzialanalyse sowie verschiedene Literaturquellen und fachbehördliche Untersuchungen. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ist der Umfang der Relevanzprüfung und der Faunistischen Potenzialanalyse ausreichend für die Beurteilung artenschutzrechtlicher Fragestellungen im Rahmen des Vorhabens. Die Faunistische Potenzialanalyse geht in einer Worts-Case-Betrachtung von dem Umstand aus, dass jeder geeignete Lebensraumkomplex innerhalb des Verbreitungsgebietes einer Art auch besiedelt ist. Für die Ergebnisse der Relevanzprüfung wird auf die Punkte 3.2 und 3.3 des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages verwiesen. Im Ergebnis verbleiben folgende relevanten Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie und folgende europäischen Vogelarten:



- Zauneidechse
- Zwergfledermaus, Rauhaufledermaus, Breitflügelfledermaus und der Große Abendsegler
- Fransenfledermaus, Braunes Langohr, Teichfledermaus und Wasserfledermaus
- Bluthänfling
- Kuckuck
- Vogelgilde gefährdeter Hecken- und Gebüschbrüter (Amsel, Dorngrasmücke, Gartengrasmücke, Gelbspötter, Heckenbraunelle, Singdrossel, Sumpfrohrsänger, Zaunkönig und Zilpzalp)
- Vogelgilde ungefährdeter Bodenbrüter und Brutvögel bodennaher Gras- und Staudenlandschaften (Goldammer, Jagdfasan, Rotkehlchen, Stockente, Wachtel und Wiesenschafstelze).

Zauneidechse

Westlich der Baustelleneinrichtungsflächen sind mit halbruderalen Gras- und Staudenfluren potenziell geeignete Lebensräume für die Zauneidechse vorhanden. Die Baustelleneinrichtungsfläche selbst ist durch regelmäßige Mahd und die befestigten Parkflächen als Habitat nicht interessant. Um Konflikte mit dem potentiellen Lebensraum der Zauneidechse zu vermeiden, sieht die Planung der Antragstellerin artenschutzfachliche Vermeidungsmaßnahmen vor.

Die Maßnahme V_{AR1} sieht eine Beschränkung der Bau- und Lagerfläche nach Westen hin vor. Die für die Zauneidechse attraktiven Habitatstrukturen werden als Tabubereich gekennzeichnet und das Gelände markiert. Eingriffe in die potentiellen Lebensräume der Zauneidechse werden so vermieden.

Die Maßnahme V_{AR2} soll durch Bauzeitenregelungen ein Einwandern der Zauneidechse in den Baustellenbereich verhindern. Die Bautätigkeit soll nur von Oktober bis März erfolgen und liegt damit außerhalb der mobilen Phase der Zauneidechse. Da die Baustelleneinrichtungsfläche ihrer Struktur nach nicht für Winterquartiere der Zauneidechse geeignet ist, kann durch die Bauzeitenregelung ein Einwandern der Art in das Baufeld vermieden werden.

Die Maßnahmen V_{AR1} und V_{AR2} sind geeignet sowohl das Eintreten des Tötungsverbotes als auch des Verbotes erheblicher Störungen zu vermeiden. Bei Beachtung der gebotenen fachlichen Sorgfalt wird das Risiko der Tötung für die Zauneidechse nicht signifikant erhöht, da die potentiellen Lebensräume der Art nicht von der Bautätigkeit beeinflusst werden.

Die Maßnahmen V_{AR1} dient außerdem dem Schutz der Art vor Beseitigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Ein Eingriff in die potentiellen Habitatstrukturen der Zauneidechse wird gerade unterlassen durch die Beschränkung des Baufeldes.

Fledermäuse

Aufgrund des Alters des Brückenbestandsbauwerkes haben sich in den Widerlagern Risse und Spalten gebildet, die eine grundsätzliche Eignung als Tagesversteck oder Winterquartiere für Fledermäuse aufweisen. Gehölzbestände, welchen Fledermäusen als Quartier oder Wochenstuben dienen könnten, werden durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt.

Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Osterholz verwies in ihrer Stellungnahme vom 21.04.2023 auf die grundsätzliche Eignung der Brückenwiderlager als Wohnquartier für Fledermäuse. Mit dem überarbeiteten artenschutzrechtlichen Fachbeitrag vom Juli 2024 hat die Antragstellerin die Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde aufgegriffen und die Planung hinsichtlich einem möglichen Fledermausvorkommen ergänzt.

Mit der Maßnahme V_{AR13} sieht die Antragstellerin vor, im Zeitraum von September bis Dezember eine Detektor-Untersuchung durchzuführen, um ein Vorkommen von Fledermäusen in den Widerlagern auszuschließen. Sollte ein Vorkommen nachgewiesen werden, werden im näheren Umfeld der Brücke Ersatzhabitate zur Verfügung gestellt und der Abriss der Widerlager erfolgt im Beisein einer Ökologischen Baubegleitung.

Die Brücke über die Umbeck ist aufgrund der nach oben offenen Bauweise nicht witterungsgeschützt und damit auch nur eingeschränkt als Versteck oder Winterquartier geeignet. Die Brücke ist mittlerweile über 100 Jahre alt und weist mehrere kleinere Spalten und Risse auf, die als Versteck für Einzeltiere dienen könnten. Die Bauweise der Widerlager macht das Vorhandensein größerer Hohlräume in den Widerlagern jedoch unwahrscheinlich.

In ihrer Stellungnahme vom 21.04.2023 regte der Landkreis Osterholz an, den Fledermausschutz in Planung und Umsetzung miteinzubeziehen. Die Planfeststellungsbehörde fasst diese Anregung als Vorschlag für eine Nebenbestimmung auf. Nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhalts und unter Einbeziehung der bereits geplanten Vermeidungsmaßnahmen, sieht die Planfeststellungsbehörde keinen Anlass neben der Ökologischen Baubegleitung noch den Fledermausschutz mit einzubeziehen. Die Maßnahme V_{AR}13 ist aus Sicht der Planfeststellungsbehörde hinreichend geeignet Konflikte mit dem Tötungsverbot und dem Verbot der Beseitigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zu vermeiden. Die Stellungnahme des Landkreises Osterholz verweist ihrem Inhalt nach lediglich pauschal auf die Möglichkeit eines Fledermausvorkommens in Brücken aufgrund deren grundsätzlicher Eignung, ohne dass es konkrete Anhaltspunkte für das Vorkommen einer bestimmten Art gäbe. Vor diesem Hintergrund ist eine Detektor-Untersuchung und die Bereithaltung von Ersatzhabitaten eine angemessene Maßnahme, die einen Konflikt vermeidet.

Durch Lärm- und Lichtemissionen während der aktiven Zeit der Fledermäuse besteht die Gefahr, dass die Tiere im Sinne des Störungsverbotest gestört werden könnten. Um dies zu vermeiden sieht die Planung mit der Maßnahme V_{AR}3 ein nächtliches Bauverbot zum Schutz der Fledermäuse vor.

Bluthänfling

Als Hecken- und Gebüschbrüter besteht für den Bluthänfling und seinen Nachwuchs ein erhöhtes Tötungsrisiko, wenn im Zuge der Bauarbeiten Gebüsche entfernt und das Baufeld freigemacht wird.

Die Planung sieht mit der Maßnahme V_{AR}4 mit einer Bauzeitenregelung für die Baufeldfreimachung für den Schutz für Brutvögel vor. Die Baufeldfreimachung erfolgt außerhalb der Brutzeit und erforderliche Rodungsarbeiten werden nur innerhalb des nach § 39 Abs. 5 S. 2 BNatSchG zulässigen Zeitraums vorgenommen.

Ein Verstoß gegen das Störungsverbot ist durch das Vorhaben nicht anzunehmen. Zwar kann es durch den Fortgang der Bauarbeiten nach dem in § 39 Abs. 5 S. 2 BNatSchG genannten Zeitraum zu Störungen der Hecken- und Gebüschbrüter kommen, diese Störungen überschreiten jedoch nicht das Maß der Erheblichkeit nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 Hs. 2 BNatSchG. Danach ist eine Störung erheblich, wenn sie sich nachteilig auf den Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art auswirkt. Das ist der Fall, wenn sich durch die Störung die Überlebenschancen, der Bruterfolg oder die Reproduktionsfähigkeit vermindert.¹³ Mit der Schutzmaßnahme S_{AR}14 hat die Antragstellerin die Begleitung des Baus durch eine Ökologische Baubegleitung vorgesehen. Die Ökologische Baubegleitung soll vor Baubeginn den Vorhabenbereich auf besonders geschützte oder gefährdete Arten kontrollieren und bei deren Vorkommen die erforderlichen artenschutzrechtlichen Maßnahmen in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde zu treffen.

Gemessen an der Kleinräumigkeit des Vorhabens hält die Planfeststellungsbehörde diese Schutz- und Vermeidungsmaßnahme für die Hecken- und Gebüschbrüter für ausreichend, um einen Eintritt des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zu verhindern. Es ist davon auszugehen, dass artenschutzrechtliche Konflikte über die Ökologische Baubegleitung gelöst werden können.

Durch den Betrieb des Vorhabens kommt es zu keiner Änderung im Vergleich zum derzeitigen Zustand, sodass hier nicht vom Eintritt des Störungstatbestandes ausgegangen werden kann.

Das Vorhaben führt zu einem dauerhaften Verlust von Gehölzen in einem Umfang von ca. 7 m². Im Umfeld des Vorhabens sind ausreichend Ausweichbiotope vorhanden, sodass nicht von einer dauerhaften Einschränkung des Habitatangebotes auszugehen ist. Für den Bluthänfling stehen genügend Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung, er kann auch in jeder Brutsaison ein neues Revier besetzen. Von einem Eintritt des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist daher nicht auszugehen.

Kuckuck

Der Kuckuck ist ebenso ein Hecken- und Gebüschbrüter wie der Bluthänfling. Er ist auch nicht an ein bestimmtes Revier gebunden, sondern kann in jeder Brutzeit ein neues Revier besetzen. Die zum Bluthänfling gemachten Ausführungen gelten daher auch für den Kuckuck.

Vogelgilde ungefährdeter Hecken- und Gebüschbrüter

Für die umfassten Arten gelten ebenso die Ausführungen zum Bluthänfling. Die Arten können jede Brutsaison neue Reviere besetzen bzw. neue Nester bauen und sind nicht an bestimmte Orte gebunden.

Vogelgilde der ungefährdeten Bodenbrüter

Hinsichtlich des Eintritts des Tötungs- und des Störungsverbotes gelten die Ausführungen zum Bluthänfling auch für die Bodenbrüter. Ein Eingriff während der Brutzeit ist durch die Maßnahme V_{AR}4 ausgeschlossen.

Durch das Vorhaben gehen dauerhaft halbruderaler Gras- und Staudenfluren, sodass hier eine Zerstörung von Lebens- oder Fortpflanzungsstätten oder Ruhestätten nicht ausgeschlossen werden kann. Zur Abwendung des Konflikts wird die Bestellung der Ökologischen Baubegleitung als ausreichend betrachtet. Überdies sind im Umfeld des Vorhabengebietes hinreichend Ausweichhabitate vorhanden. Baubedingte Beeinträchtigungen von möglichen Habitatstrukturen entwickeln sich ab Abschluss der Arbeiten wieder in ihren vorigen Zustand zurück, sodass nicht von einer dauerhaften Unterbrechung der Funktionalität ausgegangen werden kann.

2.2.2.3.2.3 Einvernehmen für Vorhaben im LSG „Worpswede“

Der Landkreis Osterholz hat sein Einvernehmen für die Durchführung der Maßnahme im Landschaftsschutzgebiet Worpswede mit Stellungnahme vom 21.04.2023 erteilt. Im Landschaftsschutzgebiet bedürfen die Beseitigung Hecken oder Gebüsch und markanten Bäumen außerhalb des Waldes nach der KSG-Verordnung der Zustimmung des Landkreises Osterholz (§ 3 Landschaftsschutzgebietesverordnung LSG Worpswede).

2.2.2.3.3 Wasser

Die Belange des Wasserschutzes werden unter Punkt 2.3 thematisiert, soweit es um die Auswirkungen des Vorhabens geht, die sich auf die Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung auswirken können.

Nach Prüfung der Planfeststellungsbehörde sind andere Auswirkungen auf Oberflächengewässer, die nicht in der wasserrechtlichen Erlaubnis behandelt sind, durch das Vorhaben nicht zu erwarten. Neue betriebs- oder anlagebedingte Wirkpfade des Brückenersatzneubaus auf das Oberflächengewässer sind nicht ersichtlich.

Durch das Vorhaben kommt es zu einer Bodenversiegelung und Überspannung des Bodens auf einer Fläche von ca. 59 m². auf dieser Fläche kommt es zu einer reduzierten Grundwasserneubildungsrate. Gemessen an der Größe des Grundwasserkörpers sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die mengenmäßige Qualität des Grundwassers zu erwarten.

2.2.2.3.4 Immissionen

Das Vorhaben ist nach den Vorschriften der §§ 41 und 42 BImSchG zulässig.

Baubedingt kann es zeitweise zu einer Erhöhung der Geräuschemissionen kommen. Unter Einhaltung der AVV Baulärm, stellen diese Erhöhungen kein Zulassungshindernis dar.

Eine Änderung der anlage- oder betriebsbedingten Lärmemissionen ist durch das Vorhaben nicht zu erwarten. Als Ersatzneubau führt das Vorhaben nicht zu einer Erhöhung der Zugtaktung und damit nicht zu einer Veränderung der verkehrsbedingten Emissionen.

2.2.2.3.5 Abfall und Boden

Das Vorhaben ist mit den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG¹⁴) vereinbar. Durch das Vorhaben sind keine schädlichen Bodenveränderungen zu befürchten. Nach § 4 Abs. 1 Bundesbodenschutzgesetz ist jeder, der auf den Boden einwirkt, verpflichtet sich so zu verhalten, dass keine schädlichen Bodenveränderungen entstehen.

Das Vorhabengebiet gehört zur Bodengroßlandschaft „Moore der Geest“ und zählt zum Verbreitungsgebiet Moore und lagunäre Ablagerungen. Das Gebiet ist von Erdhochmoorböden geprägt, die hinsichtlich ihrer Entstehung und des organischen Charakters zu den besonderen und einzigartigen Bodentypen gehören. Im konkreten Vorhabengebiet ist der Hochmoorboden durch wasserbauliche, kulturtechnische und bewirtschaftungsbedingte Maßnahmen bis in den Untergrund überprägt. Aus diesem Grund gehört er zu den Böden der Wertstufe III, Böden von allgemeiner Bedeutung.

Im Zuge der Baugrunduntersuchung wurde der im Bestand aufgefüllte Boden an den Bahnböschungen untersucht und bewertet. Am östlichen Widerlager wurde aufgefüllter Boden der Einbauklasse Z 1 festgestellt. Am westlichen Widerlager wurde aufgefüllter Boden der Einbauklasse Z 2 festgestellt. Chemische Schadstoffbelastungen der Böden ergaben sich nicht. Die Einstufung in die Einbauklassen Z 1 und Z 2 erfolgte ausschließlich aufgrund des Parameters TOC (total organic carbon). Die Eingruppierung der Böden erfolgte noch nach LAGA M20¹⁵. Eine Wiederverwendung ist nur hinsichtlich des Bodens der Einbauklasse Z 1 geplant, der Boden der Klasse Z 2 soll ordnungsgemäß entsorgt werden. Die Antragstellerin plant zudem eine erneute Einstufung des ausgehobenen Bodens.

Die LAGA M20 wurde mittlerweile von der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) abgelöst. Das Vorhaben unterfällt nicht der Übergangsvorschrift des § 27 Abs. 3 ErsatzbaustoffV. Eine erneute Beprobung und Bewertung des Bodens nach Maßgabe der ErsatzbaustoffV fand durch die Antragstellerin nicht statt. Dieser Umstand steht aus Sicht der Planfeststellungsbehörde einer Zulassung des Vorhabens nicht entgegen. Es treten keine Konflikte auf, die im Rahmen der Ausführungsplanung durch die Antragstellerin nicht behoben werden könnten.

Die Antragstellerin plant vor der Verbringung den Bodenaushub nochmals zu untersuchen. Um sicherzustellen, dass die Untersuchung nach dem aktuellen rechtlichen Stand durchgeführt wird, ist eine Inhalts- und Nebenbestimmung in den verfügenden Teil des Beschlusses aufzunehmen. Die Nebenbestimmung soll die Antragstellerin dazu verpflichten, die bis jetzt nur nach LAGA 20 eingestuften Böden nach der ErsatzbaustoffV zu beurteilen, soweit die Böden dieser unterfallen.

Baubedingte schädliche Bodeneinwirkungen sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten. Der Baustellenverkehr erfolgt über ein bestehendes Straßen- und Wegenetz und die Zuwegung zu den Lagerflächen erfolgt ebenfalls über befestigtes Gelände. Eine Tiefenverdichtung des umliegenden Bodens ist daher nicht wahrscheinlich.

¹⁴ Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17.03.1998 zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2021.

¹⁵ Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall; Mitteilungen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 20; Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen – Technische Regeln; Stand 06. November 2003.

Unter Berücksichtigung der aufgenommenen Nebenbestimmung kommt die Planfeststellungsbehörde zu dem Schluss, dass das Vorhaben mit den Vorschriften des Bodenschutzes vereinbar ist.

2.2.2.3.6 Eigentum

Für die Durchführung des Vorhabens ist eine temporäre Inanspruchnahme von Eigentum Dritter erforderlich. In der Gemarkung Überhamm auf Flur 1, Flurstück 324/12 ist die temporäre Inanspruchnahme von Eigentum Privater Dritter notwendig. Der betroffene Eigentümer hat sein Einverständnis für die Nutzung von 9,5 m² seines Grundstücks schriftlich erteilt. Die Betroffenheit von Eigentumsrechten steht dem Vorhaben damit nicht entgegen.

2.2.2.4 Gesamtabwägung

Unter Betrachtung aller für und gegen das Vorhaben sprechender Gesichtspunkte, sprechen gewichtigere Gründe für eine Zulassung des Brückenersatzneubaus.

Die für die Abwägung erheblichen Belange sind hinreichend ermittelt worden. Im Zuge der Planung hat die Antragstellerin die Auswirkungen des Vorhabens auf Natur und Landschaft, den Boden, das Eigentum Dritter und die möglichen Emissionen des Vorhabens untersucht. Die Planfeststellungsbehörde kommt zu dem Schluss, dass weitere Untersuchungen zur Ermittlung der Betroffenheiten von abwägungserheblichen Belangen nicht erforderlich waren. Einwendungen privater Dritter, die neue betroffene Belange geltend gemacht hätten, sind im Laufe des Verfahrens nicht eingegangen. Eine weiter reichende Ermittlungspflicht besteht aus Sicht der Planfeststellungsbehörde diesbezüglich nicht. In die Abwägung einzustellen sind die Belange des Klimaschutzes nach dem Berücksichtigungsgebot des § 13 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)¹⁶. Eine ausdrückliche Erhebung der Auswirkungen auf die Bilanz der Treibhausgasemissionen des Vorhabens erfolgte durch die Antragstellerin nicht und war aus Sicht der Planfeststellungsbehörde auch nicht notwendig. Maßnahmen, die der Steigerung der Attraktivität des Schienenverkehrs dienen, können auch ohne Quantifizierung als besonders vorteilhaft für die Belange des Klimaschutzes betrachtet werden. Der Klimaschutzplan 2050 des Bundes benennt eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene als ausdrückliches Ziel zur Erreichung der Klimaschutzziele.¹⁷

Mit der Planung von Vermeidungs- und weiteren Kompensationsmaßnahmen verbleiben bei anderen Belangen auch keine Belastungen, die sich in der Abwägung gegen das Vorhaben durchsetzen können. Für das Vorhaben ist die Inanspruchnahme von Grundeigentum erforderlich. Die Inanspruchnahme ist lediglich temporär und der Eigentümer hat sein Einverständnis für die Nutzung gegeben. Dieser Belang steht dem Vorhaben damit nicht entgegen. Belange des Naturschutzes, des Immissionsschutzes, des Bodenschutzes oder des Wasserschutzes stehen dem Vorhaben ebenfalls nicht entgegen. Das Vorhaben reduziert mit der Planung der umweltfachlichen vermeidungs-, Ausgleichs-, Ersatz- und Schutzmaßnahmen die Auswirkungen auf ein zumutbares Maß.

Für das Vorhaben spricht die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Strecke 2 Bremervörde – Osterholz-Scharmbeck. Für die Steigerung der Attraktivität des Schienenverkehrs ist eine Infrastruktur nach dem aktuellen Stand der Technik unerlässlich. Das Vorhaben dient der Sicherheit und Attraktivität des Schienenverkehrs und zieht daraus seine Planrechtfertigung, die als zu berücksichtigender Belang für das Vorhaben spricht.

Unter Berücksichtigung aller vorgenannten Punkte und den übrigen Punkten des Planfeststellungsbeschlusses fällt das Ergebnis der Gesamtabwägung zugunsten des Vorhabens aus.

¹⁶ Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) vom 12.12.2019, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2024.

¹⁷ Vgl. OVG Hamburg, Beschluss vom 30.04.2024 – 1 Es 4/24.P – Rn. 162 juris; Klimaschutzplan 2050, S. 55.

2.3 Wasserrechtliche Erlaubnis

Die Voraussetzungen zur Erteilung der Wasserrechtlichen Erlaubnis liegen vor. Mit Mitteilung vom 07.11.2024 hat die Untere Wasserbehörde des Landkreises Osterholz ihr Einvernehmen nach § 19 Abs. 1 und Abs. 3 Halbsatz 1 WHG erteilt. Es liegen keine Versagungsgründe nach § 12 Abs. 1 WHG vor.

Über die mit planfeststellungsbedürftigen Vorhaben verbundene Gewässerbenutzung entscheidet nach § 19 Abs. 1 WHG die Planfeststellungsbehörde. Es kommt zu einer Zuständigkeitskonzentration, nicht aber zu einer Entscheidungskonzentration. Die notwendigen wasserrechtlichen Entscheidungen bilden damit ein rechtlich selbstständiges Element neben der Planfeststellung.

Die materiell-rechtlichen Voraussetzung für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis liegen vor. Von dem Vorhaben gehen keine schädlichen, nicht ausgleichbaren Gewässerveränderungen aus, die eine Versagung nach § 12 Abs. 1 WHG erforderlich machen würden.

Überbau und Widerlager des Ersatzneubaus entwässern in den Boden im Bereich der Widerlagerhinterfüllung. Die Widerlagerhinterfüllung entwässert durch Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers über geotextile Dränmatten mit beidseitigem Vliesfilter in das Grundwasser. Durch die Ableitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser sind keine besonderen Belastungen zu erwarten. Weiterreichende Regelungen sind nicht erforderlich.

Während der Bauphase ist eine offene Wasserhaltung erforderlich. Die Fundamentplatten werden jeweils in einem Spundwandkasten mit Unterwasserbetonsohle hergestellt. Für die anfallenden Restwassermengen wird eine offene Wasserhaltung vorgesehen. Das anfallende Wasser wird aufgefangen und entsorgt. Es handelt sich lediglich um einen temporären Zustand, sodass nicht von schädlichen Gewässerveränderungen auszugehen ist.

Die Schutzmaßnahme S6 soll das Schutzgut Wasser vor wassergefährdenden Stoffen schützen. Für die Aufrechterhaltung eines weitergehenden Schutzniveaus wird noch folgende Inhalts-/Nebenbestimmung den verfügenden Teil der wasserrechtlichen Erlaubnis aufgenommen: „Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, auch bei denen nur geringe Mengen austreten, sind dem Landkreis Osterholz unverzüglich anzuzeigen.“

Mit der Gestaltungsmaßnahme G 9 plant die Antragstellerin die Wiederherstellung der Gewässersohle und die Ausbildung der Uferböschung. Damit wird die Umbeck wieder in ihren Ausgangszustand zurückversetzt, sodass auch keine bleibenden, nachteiligen, nicht ausgleichbaren Gewässerveränderungen verbleiben. Das Maßnahmenblatt G9 ist Teil der planfestgestellten Unterlagen und damit auch Teil des Tenors. Die zusätzliche Regelung über eine Nebenbestimmung kann daher entfallen.



2.4 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

Die Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange enthalten entweder keine oder keine entgegenstehenden, grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben.

2.4.1 Landkreis Osterholz

Der Landkreis Osterholz äußerte sich mit Schreiben vom 21.04.2023 in den Punkten Naturschutz, Wasserwirtschaft und Bauordnung.

1. Belange des Naturschutzes

Grundsätzlich gebe es aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundlegenden Bedenken, jedoch ergänzungsbedarf beim Artenschutz.

Hierzu wurde ausgeführt, dass alle Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen, welche in Kapitel 6 des LBPs aufgeführt sind (VAR1, VAR 2, VAR 3 und VAR 4), einzuhalten seien. Besonderes Augenmerk werde auf die ökologische Baubegleitung (ÖBB) gelegt, welche den Schutz der geschützten Arten und angrenzender Gehölze sicherstellen soll.

Die DIN 18920 und RAS LG4 müssen, wie in der Baubeschreibung dargelegt, eingehalten werden. Insbesondere sei darauf zu achten, dass die Gehölze nördlich im Zuge der bauzeitlichen Flächeninanspruchnahme nicht geschädigt werden.

Es werde darauf hingewiesen, dass alle Gestaltungsmaßnahmen wie im Landschaftspflegerischen Begleitplan beschrieben umzusetzen seien.

Die Untere Naturschutzbehörde verkündet keine Bedenken hinsichtlich der externen Kompensation im Landkreis Rotenburg. Es seien 59 m² für den Verlust von den genannten Biotopen und zusätzlich 32 m² für die Kompensation des Schutzgutes „Boden“ zu leisten.

Die im **Artenschutzfachbeitrag** festgelegten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen seien gemäß den Maßnahmenplänen vollständig einzuhalten und umzusetzen. Bisher seien in den Unterlagen die Brücke als Quartier für Fledermäuse nicht mitberücksichtigt worden. Brücken seien ganzjährig als Quartiere für viele Fledermausarten äußerst attraktiv. So seien Zwergfledermäuse, Abendsegler und Rauhaufledermäuse regelmäßig in großen Winterkolonien an Brücken vorgefunden worden. Ebenso nutzen Fransenfledermäuse, Breitflügelfledermaus, Braunes Langohr und insbesondere die Wasserfledermaus häufig Brücken als Quartiere. Daher ist die Brücke als potentielles Quartier in dem Artenschutzrechtlichen Beitrag und im Landschaftspflegerischen Beitrag zu ergänzen. Es werde zudem eine rechtzeitige Einbeziehung des Fledermausschutzes in die Planung sowie der Umsetzung angeregt.

Im **Landschaftsschutzgebiet** „LSG 13 – Worpswede“ bedürfen die Errichtung oder die wesentliche Veränderung von baulichen Anlagen der vorigen Zustimmung des Landkreises Osterholz. Des Weiteren bedürfen im Landschaftsschutzgebiet die Beseitigung von Hecken, Gehölzen und markanten Bäumen außerhalb des Waldes, von Tümpeln, Teichen oder landschaftlich bedeutsamen Findlingen oder Felsblöcken sowie die Rodung von Waldflächen, ebenfalls der vorigen Zustimmung des Landkreises Osterholz.

2. Belange der Wasserwirtschaft

1. Die Untere Wasserbehörde stellt in Frage, ob der gewählte Rohrdurchmesser für die zwei Rohre DN 500 ausreichend ist und bittet um Prüfung im Hinblick auf mögliche Hochwasser oder die Möglichkeit einer Überspülung eines Dammes.



2. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bachumleitung als Damm im Bauwerksdamm dargestellt worden ist, im Erläuterungsbericht jedoch von der Verfüllung des Gewässers gesprochen wird.
3. Es sei fraglich, auf welcher Fläche das ausgehobene Boden-Wasser-Gemisch aus dem Spundwandkasten bis zum Erreichen der „Stichfestigkeit“ lagern soll.
4. Auf das Fehlen eines hydraulischen Nachweises wird hingewiesen mit der Bitte um Nachreichung dieses Dokuments.
5. Es sei zu gewährleisten, dass nach Ausbau der Verrohrung keine baulichen Rückstände auf der Gewässersohle verbleiben. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Begrifflichkeit „Herstellung einer Sicherung der Gewässersohle“ unklar erscheint. Es wird um eine Erläuterung gebeten.
6. Die Unteren Wasserbehörde weist auf den Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor hin und weist darauf hin, dass die Gewässerunterhaltung während der Baumaßnahme nicht eingeschränkt werden darf.

3. Belange der Bauordnung

Aus Sicht der Bauordnung gebe es keine Bedenken oder Hinweise.

Erwiderung der Vorhabenträgerin

1. und 2. Die Vorhabenträgerin hat aufgrund der vorgebrachten Hinweise des Landkreises sowie des Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor die Planung angepasst. Mit Schreiben vom 01.08.2024 erwidert diese, dass die Planung hinsichtlich der bauzeitlichen Gewässerführung angepasst werde und von der Verfüllung des Gewässers abgesehen werde. Die neu geplante Verrohrung werde mit zwei Rohren DN 800 hergestellt werden, welche mit Baggermatratzen o. Ä. zum Schutz des Gewässers und zur Herstellung der Überfahrt (als Behelfsbrücke) überdeckt werde.
3. Betreffend die Lagerung des Bodenaushubes äußert die Vorhabenträgerin, dass diese bis zum Erreichen der „Stichfestigkeit“ auf der im BE-Flächenplan (Unterlage 6.3) dargestellten Lagerfläche für den Erdaushub erfolgt. Aufgrund des Abstandes zwischen der Lagerfläche und dem Gewässer werde davon ausgegangen, dass das austretende Wasser versickert und nicht oberflächlich zurück ins Gewässer fließe.
4. Der Bemessungsdurchfluss von 2,8 m³/s (HQ100) könne bestätigt werden. Seitens des NLWKN konnten leider keine Daten zu Hochwasserständen zur Verfügung gestellt werden. Dem beigefügten hydraulischen Nachweis ist die Einhaltung des geforderten Freibordes zu entnehmen. Zudem sei festzuhalten, dass im Zuge der Baumaßnahme keine grundlegende Anpassung des Gewässerquerschnittes vorgenommen werde, weshalb nicht mit einer relevanten Anpassung des Gewässerdurchflusses zu rechnen sei. Dem hydraulischen Nachweis sei ebenfalls zu entnehmen, dass sich die Widerlager nicht im Fließquerschnitt befinden.
5. Eine Verfüllung des Gewässers sei kurzfristig vorgesehen, einen Eintrag von Fremdstoffen werde aber durch Abdeckung der Verrohrung verhindert. Durch die Maßnahme mögliche verursachte Schäden am Gewässer werden vor Abschluss der Baumaßnahme behoben. Ebenfalls werden etwaige Böschungen nach Abschluss der Baumaßnahmen profigerecht hergestellt.
6. Des Weiteren werde die Vorhabenträgerin den Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor in die weitere Planung einbeziehen.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht unter Berücksichtigung der erlassenen Inhalts- und Nebenbestimmungen und den Zusagen der Antragstellerin keinen Bedarf weitergehende Regelungen zu erlassen. Die Erwiderung der Antragstellerin beantwortet die aufgeworfenen Fragen in der Art umfassend, dass die geltend gemachten Belange in die Abwägung eingestellt werden konnten.



2.4.2 Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor

Der Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor schließt sich den Punkten 1 bis 6 der Belange der Wasserwirtschaft an, die die Untere Wasserbehörde vom Landkreis Osterholz mit Stellungnahme vom 21.04.2023 anmerkte. Des Weiteren wurde um Berücksichtigung folgender Punkte gebeten:

-Die Umbeck sei nach Fertigstellung der Arbeiten wieder ordnungsgemäß zu säubern. Insbesondere sei eingeschwemmter Sand und Boden aus der Grabensohle herauszunehmen. Während der Bauphase sei jederzeit ein ungehinderter Wasserabfluss zu gewährleisten.

-Ebenfalls sei während der Bauphase jederzeit zu gewährleisten, dass der Verband die von ihm zu unterhaltenden Verbandswege befahren und die Verbandsgewässer erreichen könne.

-Baubedingte Schäden an den Verbandsgewässern und Verbandswegen seien zu dokumentieren und auf Kosten der Vorhabenträgerin zu beheben.

-Die in den Planunterlagen unter 7.1 und 7.2 genannten Grundstücke in der Gemarkung Wopswede befinden sich im Eigentum des Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor. Es werde um zeitnahe Beteiligung vor Beginn der Bauphase gebeten.

-Es werde um die Möglichkeit der Teilnahme für alle im Vorfeld und während der Bauphase geplanten Baubesprechungen gebeten.

Erwiderung der Vorhabenträgerin

Die Vorhabenträgerin hat aufgrund der vorgebrachten Hinweise des Landkreises sowie des Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor die Planung angepasst. Mit Schreiben vom 01.08.2024 erläutert diese die offenen Punkte und Hinweise (s.o) und sichert die weitere Berücksichtigung der Punkte in der weiteren Planung sowie Ausführung zu.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keine Notwendigkeit Nebenbestimmungen zum Schutz der Belange des GVL Teufelsmoor zu erlassen. Die Zusicherung der Antragstellerin und die Nebenbestimmungen der wasserrechtlichen Erlaubnis sowie sind aus Sicht der Planfeststellungsbehörde hinreichend geeignet das Gewässer zu schützen.

2.4.3 Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA)

Aus Sicht der LEA könne das beantragte Vorhaben nach den eisenbahntechnisch geprüften Antragsunterlagen ausgeführt werden, sofern die im Schreiben vom 29.01.2021 genannten Auflagen beachtet werden. Überdies bittet die LEA um eine Ausfertigung der planrechtlichen Entscheidung sowie einen Satz der genehmigten Planunterlagen.

Erwiderung der Vorhabenträgerin

Die Vorhabenträgerin sagt zu, die im Schreiben vom 01.08.2024 aufgeführten Hinweise vor, während und nach der Bauausführung gemäß dem Schreiben umzusetzen bzw. anzuzeigen.

Planfeststellungsbehörde

Den Forderungen der LEA wurden durch die eisenbahntechnischen Auflagen zur Planfeststellung unter Ziffer 1.3.1 entsprochen. Eine Ausfertigung der planrechtlichen Entscheidung (Planfeststellung) und eine gesiegelte Antragsunterlage wird von der Planfeststellungsbehörde an die LEA übersandt.

2.4.4 EWE NETZ GmbH

Es wird darauf hingewiesen, dass sich in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH befinden. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihrer Lage und in ihrem Bestand grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden.

Sofern durch das geplante Vorhaben sich die Notwendigkeit einer Anpassung der Anlagen ergibt, ist die EWE NETZ GmbH zu informieren und frühzeitig in die Planung einzubinden. Die Kosten der Anpassung bzw. der Betriebsarbeiten sind vollständig von der Vorhabenträgerin zu zahlen.

Erwiderung der Vorhabenträgerin

Die Vorhabenträgerin hat die Hinweise zur Kenntnis genommen und wird diese berücksichtigen.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen Regelungsbedarf.

2.4.5 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Die zu vertretenden Belange des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie sind durch das geplante Vorhaben nicht betroffen. Sodass keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorliegen.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen weiteren Regelungsbedarf.

2.4.6 Niedersächsische Landesforsten

Aus Sicht der Niedersächsischen Landesforsten bestehen zum geplanten Vorhaben keine Bedenken.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen weiteren Regelungsbedarf.

2.4.7 Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven

Seitens des Gewerbeaufsichtsamtes Niedersachsen bestehen hinsichtlich der Belange des Arbeitsschutzes keine Bedenken. Die Grundsätze der Baustellenverordnung sind zu beachten. Das Bauvorhaben ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt schriftlich anzukündigen, sofern die Bauarbeiten voraussichtlich länger als 30 Tage dauern und mehr als 20 Beschäftigte gleichzeitig tätig werden oder der Umfang der Arbeiten voraussichtlich 500 Personentage überschreitet. Eine Kopie der Vorankündigung ist sichtbar an der Baustelle auszuhängen. Des Weiteren ist für die Baumaßnahme ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan zu erstellen.

Erwiderung der Vorhabenträgerin

Die Vorhabenträgerin wird die Hinweise des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes im Zuge der weiteren Planung berücksichtigen.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen weiteren Regelungsbedarf.

2.4.8 ExxonMobil Production Deutschland GmbH

Die ExxonMobil Production Deutschland GmbH hat im Vorhabengebiet keine Leitungen, weshalb diese keine Betroffenheit angibt.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen weiteren Regelungsbedarf.

2.4.9 Wintershall Dea Deutschland GmbH

Seitens der Wintershall Dea Deutschland GmbH liegt keine Betroffenheit im Plangebiet vor.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen weiteren Regelungsbedarf.



2.4.10 Gemeinde Worswede

Die Gemeinde Worswede wurde im Rahmen der Planauslegung ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten. Die Gemeinde hat sich zum geplanten Vorhaben nicht geäußert, weshalb die Planfeststellungsbehörde von einem Benehmen ausgeht. Unter Berücksichtigung des bereits ermittelten Sachverhalts, kommt die Planfeststellungsbehörde zu dem Schluss, dass eine fehlende Stellungnahme der Gemeinde zu keinem Mangel am Abwägungsmaterial führt, da der Sachverhalt bereits so umfänglich ermittelt wurde, dass die Planfeststellungsbehörde in die Abwägung eintreten konnte.

Planfeststellungsbehörde

Die Planfeststellungsbehörde sieht keinen Regelungsbedarf.

3 Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 1, 3, 5, 9 und 13 des Nds. Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG)¹⁸ i. V. m. lfd. Nr. 91.7.14 der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Allgemeinen Gebührenverordnung (AllGO)¹⁹. Die Antragstellerin als Veranlasserin der Amtshandlung hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Höhe der Kosten wird durch gesonderten Bescheid festgesetzt.

4 Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht, Uelzener Straße 40, 21335 Lüneburg, erhoben werden. Eine Klage wäre gegen die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, zu richten.

5 Hinweise

1. Mit der Planfeststellung wird über die Zulässigkeit des Vorhabens im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange entschieden (§ 75 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 VwVfG).
2. Neben der Planfeststellung sind mit Ausnahme der vorbehaltenen eisenbahnaufsichtlichen Baufreigabe andere behördliche Entscheidungen nicht erforderlich (§ 75 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 VwVfG). Die Gestattungswirkung der Planfeststellung (Baufreigabe) ist bis zur eisenbahnaufsichtlichen Prüfung der Bauausführungsplanung gehemmt. Sofern die eisenbahnbetriebsbezogene Ausführungsplanung neue oder stärkere Betroffenheiten für Dritte bewirkt, ist eine Planänderung bzw. -ergänzung erforderlich.
3. Die Planfeststellung regelt einheitlich alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen (§ 75 Abs. 1 S. 2 VwVfG). Die Planfeststellung gestaltet nicht etwa berührte Privatrechte um.
4. Wird die Baumaßnahme nicht innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt der Bestandskraft begonnen, so tritt diese Planfeststellung außer Kraft, es sei denn, sie wird vorher auf Antrag des Trägers des Vorhabens von der Planfeststellungsbehörde um höchstens fünf Jahre verlängert (§ 18c Nr. 1 AEG). Als Beginn der Durchführung des Plans gilt jede erstmals nach außen erkennbare Tätigkeit von mehr als nur geringfügiger Bedeutung zur plangemäßen Verwirklichung des Vorhabens; eine spätere Unterbrechung der Verwirklichung des Vorhabens berührt den Beginn der Durchführung nicht (§ 75 Abs. 4 S. 2 VwVfG).

¹⁸ Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) vom 25. April 2007 (Nds. GVBl. S. 172), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.

¹⁹ Allgemeine Gebührenverordnung (AllGO) vom 5. Juni 1997 (Nds. GVBl. S. 171), in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung.



NLStBV

Planfeststellungsbeschluss für den Ersatzneubau der Eisenbahnbrücke über die Umbeck bei Bahn-km 36,350 im Zuge der Strecke 2: Bremervörde – Osterholz-Scharmbeck

5. Offensichtliche Unrichtigkeiten dieser Planfeststellung (z. B. Schreibfehler) können durch die Planfeststellungsbehörde jederzeit berichtigt werden; bei berechtigtem Interesse eines an dem vorliegenden Planfeststellungsverfahren Beteiligten hat die genannte Behörde zu berichtigen, ohne dass es hierzu jeweils der Erhebung einer Klage bedarf (vgl. § 42 VwVfG).

Im Auftrage


Stickforth



